

Vortrag 1: Lösung lokaler Umweltprobleme durch den offenen Dialog von Unternehmen mit der Nachbarschaft – Erfahrungsbericht eines Unternehmens

Uwe Müller, Henkel KGaA

Umweltschutz und Sicherheit

Wege der Kommunikation

- Einladung von Einzelpersonen und Gruppen von Nachbarn zur Besichtigung des Werkes
- Angebot / Einladung / von Einzelpersonen und Gruppen von Nachbarn (Bürgerverein) zu Gesprächen mit der Werkleitung / Nutzung des Fritz-Henkel-Hauses für Bürgerversammlungen
- Einladungen / Gespräche mit Vertretern der Kommunalverwaltung und Politik
- Herausgabe von Presseinformationen
- Herausgabe von Pressefotos
- Einladung und Durchführung von Pressegesprächen mit der Lokalpresse als Vertreter der Nachbarn
- Einsatz des „Umwelt-Mobils“ (Schnüffelmobils) nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Werksgrenze
- Vorhalten des Umwelt-Telefons 0211-797-3330
- Herausgabe der „Henkel-Zeitung für die Nachbarn“ (bis 2001), neuer Titel „Seitenblicke“

Umweltschutz und Sicherheit

Warum Print-Medium?

- Zielgruppe erhält ungefiltert - direkt - Informationen über und von Henkel
- flächendeckende Erreichbarkeit durch Verteilung an alle Haushalte; Nachbarn bekommen ihre Infos nach Hause und müssen sie nicht anfordern oder abholen
- nach Zustellung jederzeit und jederorts verfügbar, keine technischen Voraussetzungen
- Weitergabe an zusätzliche Nutzer

Themenblock 3:

Lösung von Umweltproblemen durch den offenen Dialog

Umweltschutz und Sicherheit

Warum Nachbarschaftsinformation?

- Pflicht der Nachbarschaftsinformation nach Störfall-Verordnung und Öko-Audit-Verordnung
- Information in knapper Form über Wichtiges und Interessantes rund um Henkel
- Menschen im Umfeld sollen sich für Henkel interessieren

Umweltschutz und Sicherheit

Warum Nachbarschaftsinformation?

Gründe sich direkt an die Nachbarn zu wenden:

- Umweltbelastung
- Mögliche Ereignisse in Betrieben
- Verkehrsbelastung
- Infrastrukturmaßnahmen in Holthausen

Themenblock 3:

Lösung von Umweltproblemen durch den offenen Dialog

**Vortrag 2: Möglichkeiten der Einbeziehung von Akteuren aus der
Wirtschaft in kommunale Entscheidungsfindungsprozesse zur
Lösung von Umweltproblemen**

Dr. Werner Görtz, Umweltamt der Stadt Düsseldorf

Die Stadt Düsseldorf befindet sich im Umweltbereich bereits seit längerer Zeit in einem intensiven Dialog mit Unternehmen. Es liegt in der Natur der Sache, dass insbesondere im Bereich des behördlichen Umweltschutzes Probleme bei der Auslegung und Umsetzung geltender gesetzlichen Anforderungen nicht immer im gegenseitigen Einverständnis gelöst werden können.

Als Positivbeispiel für die Einbindung von Unternehmen in Entscheidungsprozesse, kann der Dialog mit Unternehmen bei der Umsetzung wasserrechtlicher Anforderungen aus dem Indirekteinleiterbereich angeführt werden. Hier konnten Konflikte, die im Genehmigungsverfahren durch Interpretationsunterschiede aufgetreten waren, durch einen gemeinsamen Workshop ausgeräumt werden.

Aufgrund der komplexen kommunalen Überwachungsaufgaben im Betrieblichen Umweltschutz und der großen Anzahl der relevanten Betriebe müssen sich – insbesondere in Zeiten knapper werdender öffentlicher Ressourcen - die behördliche Aktivitäten zunehmend auf Betriebe konzentrieren, die aufgrund ihrer unzulänglichen Umweltschutzsituation hierzu Anlaß geben.

In diesem Zusammenhang ist es durchaus auch schon auf Grundlage der bisherigen gesetzlichen Regelungen erforderlich und üblich Betriebe, in denen Missstände aufgetreten sind, intensiver und häufiger zu überwachen. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten für die Überwachung werden erwiesenermaßen vorbildliche Betriebe folgerichtig deutlich seltener überwacht. Verbindliche Regelungen gibt es allerdings nicht.

Um die bestehenden Möglichkeiten zum beidseitigen Nutzen optimal auszuschöpfen, könnten weitere vertrauensbildende Maßnahmen hilfreich sein. Denkbar wäre zum Beispiel eine Initiative „Vertrauen und Kontrolle“, in deren Rahmen Veranstaltungen etwa im Fachforum III der Lokalen Agenda „Ressourcenschonung“ oder im Fachforum I „Arbeit und Wirtschaft“ stattfinden könnten. Den jeweiligen Akteuren würde damit Gelegenheit zum Meinungsaustausch gegeben, Missverständnisse könnten ausgeräumt und Anforderungen für die Schaffung einer Vertrauensbasis formuliert werden.